

## Gegen den Krieg – jeden Tag!

von Dr. Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages



Mitglieder des PDS-Bezirksverbandes bei der Mahnwache Unter den Linden.

Foto: Jörg Rückmann

Als am 15. Februar 500 000 Menschen in Berlin für den Frieden demonstrierten, waren viele zuversichtlich, dass ein Krieg gegen den Irak noch verhindert werden könnte. Als sich am 15. März tausende Menschen quer durch die Stadt in einer Lichterkette aufreiheten, waren die Befürchtungen schon sehr groß. Am Morgen des 20. März bombardierte die US-Luftwaffe Bagdad. Spontan versammelten sich überall auf der Welt Menschen zum Protest. Sie waren entsetzt, traurig und wütend. Waren alle Friedensdemonstrationen umsonst gewesen?

Am Donnerstagmorgen gaben alle Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag eine Erklärung zur aktuellen Lage ab. Uns PDS-Abgeordneten wurde das Wort verwehrt. Erstaunlich war, dass alle Redner einerseits ihre Betroffenheit zum Ausdruck brachten, andererseits aber nur über die Zeit vor und die Zeit nach dem Krieg sprachen. Darüber, was *jetzt* zu tun sei, um den Krieg zu beenden, sagte niemand etwas. Aber genau darum, um die sofortige Beendigung des Bombens, des Schießens und des Tötens, geht es. Darum geht es auch den vielen Menschen, die täglich vor der US-Botschaft protestieren.

Das sind unter anderem die Teilnehmer am Friedenscamp von Greenpeace, die PDS-Abgeordneten, die eine Mahnwache Unter den Linden organisiert haben, die vielen, die täglich mit neuen Transparenten auf die Straße gehen. Unter diesen Menschen sind auch Amerikaner, die in Berlin leben,

und die für ein sofortiges Ende des Krieges eintreten. Wir unterstützen auch die amerikanische Friedensbewegung. Denn wenn die Bush-Administration die Unterstützung der Bevölkerung in den USA verliert, wird sie den Krieg beenden müssen.

Deshalb fordern wir auch deutlich von der Bundesregierung: Keine Überflugrechte für US-Militärmaschinen, Rückzug der Bundeswehrsoldaten aus den AWACS-Flugzeugen in der Türkei, Rückzug der ABC-Spürpanzer aus Kuwait. Die USA müssen merken, dass sie für einen völkerrechtswidrigen Krieg auch keine indirekte Unterstützung erhalten.

Die rot-grüne Bundesregierung war einst angetreten, „das Recht des Stärkeren“ durch die „Stärke des Rechts“ ersetzen zu wollen. Es kann nicht sein, dass die „Stärke des Rechts“ plötzlich Muskelschwund erleidet, wenn es gegen die stärkeren USA geht. Diese Selbstverpflichtung der Bundesregierung einzuklagen und dann auch zu unterstützen, das ist ein wichtiges Anliegen vieler Friedensdemonstranten.

Darum ist es jetzt auch so wichtig, die Friedensaktionen fortzusetzen. Die Bundesregierung muss deutlich spüren, wofür sie im eigenen Land Unterstützung erhält und wofür nicht. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik Krieg entschieden ablehnt und eine aktive Friedenspolitik unterstützt. Sorgen wir mit dafür, dass es so bleibt und der Protest erfolgreich wird!

### Was der Irak-Krieg kostet

Der US-Wirtschaftsexperte William Nordhaus meint, dass ein Waffengang von ein bis zwei Wochen bis zu 150 Milliarden Dollar kosten werde.

Die Kosten für Waffen und Logistik machen dabei den geringeren Anteil aus – die Ausgaben für die Streitkräfte beziffert Nordhaus auf 50 Milliarden Dollar. 100 Milliarden Dollar würde dagegen der Wiederaufbau verschlingen. Zehn Jahre bräuchte es, um den Irak in einen „demokratischen“ Staat zu verwandeln.

Dauert die Auseinandersetzung mehrere Monate, rechnet Nordhaus mit Kosten von bis zu 1,9 Billionen Dollar, die sich über zehn Jahre verteilen würden:

- 140 Mrd. Dollar Militärkosten
- 500 Mrd. Dollar für Friedenseinsätze
- 105 Mrd. Dollar für den Wiederaufbau
- 10 Mrd. Dollar humanitäre Hilfen
- 778 Mrd. Dollar Verluste an den Ölmärkten
- 391 Mrd. Dollar für den Schock an Börsen und in Unternehmen.

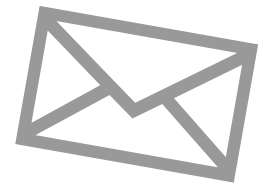
Die US-Truppen haben ohne UNO-Mandat angegriffen. Also werden sich die Vereinten Nationen wahrscheinlich nicht an den Kosten beteiligen.

Der Irak selbst hat zwar sehr große Erdölvorkommen, wird aber den Wiederaufbau nicht allein bezahlen können. Das Land ist hoch verschuldet und muss zudem Reparationszahlungen an Kuwait leisten. Die Hauptlast des Krieges wird somit der amerikanische Steuerzahler tragen müssen.

(nach: AOL Finanzen, 22.3.03)

### Maulkorb im Bundestag

Aus Anlass des Krieges gegen den Irak haben die Fraktionen des Bundestages am 20. März die Tagesordnung der Plenardebatte geändert. Entgegen allen Regeln wurde eine Runde von Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden aufgerufen. Der Abgeordneten Petra Pau wurde verweigert, einen Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Tagesordnung zu stellen. Präsident Tierse wies das Verlangen der Abgeordneten Gesine Löttsch, eine Erklärung zum Krieg abgeben zu wollen, mit der Begründung ab, das dürften nur Fraktionen.



## Wie behindertenfreundlich ist die PDS?

Der „Spontan-Zusammenschluss Mobilität für Behinderte“ hatte aufgerufen, und viele Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen aus allen Bezirken waren zum PDS-Landesparteitag nach Lichtenberg gekommen, wo wir ganz sicher wieder Gehör bekommen würden.

Aus aktuellem Anlass – die Kürzung von 1,2 Mio. Euro für den Sonderfahrdienst „Telebus“ – wollten wir Berechtigten unseren Protest zum Ausdruck bringen und über die Zukunft für den Telebus diskutieren. Wir nutzten die Chance als Gastredner und forderten, an einem neuen Telebuskonzept beteiligt zu werden.

Bisher hatte ein einziges Gespräch am 20. November 2002 im Rahmen der Bürgerstunde und endlich am 4. Februar 2003 ein „Runder Tisch“ mit der zuständigen Senatorin Dr. Heidi Knaake-Werner stattgefunden. Dennoch hat die Senatorin am 30. Januar 2003 im Plenum des Abgeordnetenhauses erklärt: „Der Senat ist seit mehreren Monaten mit den Nutzerinnen und Nutzern über strukturelle Veränderungen im Gespräch“.

Tatsache ist: Unsere Briefe und unsere Kritik wurden bis dato ignoriert, bzw. von uns eingebrachte Vorschläge zur Verbesserung werden ausschließlich mit den Fachbeamten erörtert. Aber wir sind Experten in eigener Sache und lassen uns nicht auf Behördenvertreter reduzieren.

Obwohl der Telebus sehr unflexibel und desolat ist, kämpfen wir dafür, dass er uns erhalten bleibt, denn es wird immer mobilitätsbehinderte Menschen geben, die auf ihn angewiesen sind.

Seitdem die PDS im Berliner Regierungsboot sitzt, sind leider die Kontakte der PDS-Genossen und -Abgeordneten zu uns Menschen mit Behinderungen eingefroren. Das war vorher anders – zu Zeiten, als die PDS noch in der Opposition war.

Ursula Lehmann

## Nachgefragt

„info links“ nahm sich der Zuschrift von Frau Ursula Lehmann an und erfuhr aus der Senatsverwaltung:

Nach den Darstellungen des „Spontan-Zusammenschlusses ...“ nahm die Staatssekretärin für Soziales, Dr. Petra Leuschner, das Wort. Sie sagte, dass die Senatsverwaltung bestrebt sei, die Betroffenen einzubeziehen. Zwar könne nicht jedes Gespräch zwischen Verwaltung und Betreiber mit dem Sachverstand des „Spontan-Zusammenschlusses“ ergänzt werden. Die Runden, die die Betroffenen einbeziehen, finden aber regelmäßig statt. Briefe, ließ die Staatssekretärin erkennen, müssten eigentlich alle beantwortet sein. Sie räumte aber ein, dass Kommunikation ein Prozess sei, der ständig verbessert werden könne und müsse. Einig sei man sich mit den Betroffenen, dass Mobilität eine Vorausset-

zung für selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ist. Mobilität muss auch künftig gesichert werden – und zwar so weit wie nötig mit einem separaten System und so weit wie möglich mit der BVG im „normalen“ ÖPNV.

Auf dem Parteitag gehört zu werden, sei ein weiteres Zeichen der Bereitschaft, sich mit den Anliegen der Behinderten auseinander zu setzen. Für die Details wäre dann aber doch eine weitere Runde sinnvoll.

Die PDS wird sich auch zukünftig an die Seite von Menschen mit Behinderungen stellen. Und Kritik kann dabei nur hilfreich sein. -mg-



Foto: Jörg Rückmann

Für Menschen mit Behinderungen ist Mobilität oft an die Unterstützung anderer gebunden.

## 30. Chor-Geburtstag

Der Ernst-Busch-Chor feiert in diesen Tagen runden Geburtstag. Die Sänger laden aus diesem Anlass zu einem festlichen Konzert (27. April, 10 Uhr) ins Filmtheater Kosmos – Ufa-Palast, Karl-Marx-Allee, ein.

Karten zu 8 Euro für Erwachsene und 4 Euro für Kinder sind im Vorverkauf erhältlich über den „Ernst-Busch-Chor e.V.“, (Kontakttelefon M. Venske: 97 144 43). Am 10. und 11. April sowie am 24. und 25. April bieten Chormitglieder im Foyer des Kinos ebenfalls Eintrittskarten an.

Der 1973 gegründete Chor trägt seit 1983 den Namen des Sängers und Schauspielers Ernst Busch. Das Ensemble sieht sich in der Tradition der Arbeiter-Sängerbewegung. Sein Repertoire umfasst vor allem Titel, die dem Friedensgedanken, der Solidarität, dem Humanismus und der Lebensfreude Ausdruck verleihen. „Und was könnte angesichts des USA-Krieges, der den Nahen Osten in Brand steckt, aktueller sein?“

Gerda Skawran

## Trauerspiel um Thälmann

Hat uns Ernst Thälmann – dessen Geburtstag wir am 16. April begehen – heute noch etwas zu sagen? Ich meine ja. Zuallererst würde er zur Aktionseinheit aller mit ihren sozialen Bedingungen unzufriedenen Menschen mahnen. Er würde mit der Faust auf den Tisch schlagen, wenn eine Partei in blindem Parlamentarismus ihre Identität aufgibt.

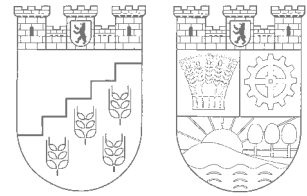
Thälmann erkannte und warnte frühzeitig: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Und er wusste, dass nur eine starke Massenbewegung in der Lage sein würde, dem Faschismus die Stirn zu bieten. Diese zu organisieren und dabei die von ihm und der KPD gemachten Fehler im Vorwärtsgang, in der Aktion, zu überwinden, war ihm nicht mehr vergönnt. Doch Gefängnis und Konzentrationslager konnten ihn nicht brechen.

In seinem Sinne wirkt seit 1993 der Ernst-Thälmann-Freundeskreis für die Erhaltung der Gedenkstätte in Ziegenhals. Über die Jahre hinweg hat sich ein stabiler

Stamm gebildet, der sich mit der Bewahrung der Gedenkstätte für die Bewahrung des antifaschistischen Erbes einsetzt. Mit diesen Zielen sind wir mehr geduldet als geachtet. Von der Presse werden wir totgeschwiegen. Und wenn der ORB dann doch einmal von unseren Veranstaltungen berichtet, gibt man in spöttischer Weise der Hoffnung Ausdruck, dass es das letzte Mal sein möge ...

Nun wurde im November des vergangenen Jahres das Grundstück am Großen Zug mit dem „Sporthaus“ versteigert. Der neue Eigentümer ist an der Gedenkstätte nicht interessiert und wird sie auch nicht finanzieren. Er hat uns aber erlaubt, Veranstaltungen im Rahmen des Freundeskreises durchzuführen. Er spekuliert wohl darauf, dass die Vereinstätigkeit in den nächsten Jahren einschlafen wird.

Anlässlich des Thälmann-Geburtstages findet am Sonntag, dem 13. April, in Ziegenhals die nächste Veranstaltung statt. Programm und Uhrzeit werden rechtzeitig im ND bekannt gegeben. *Lothar Rennert*

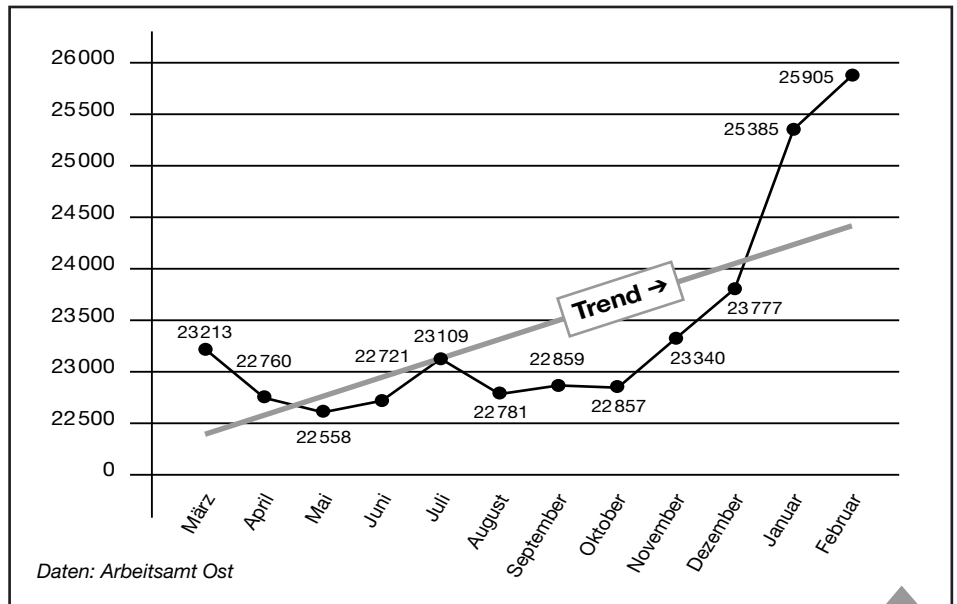


## Für Vollbeschäftigung neuer Art

Fachleute für Arbeitsmarkt- und für Wirtschaftspolitik der PDS-Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen und im Berliner Abgeordnetenhaus sowie zuständige Mitglieder des Parteivorstandes der PDS kamen am 17. März 2003 zu einer Beratung zusammen.

Sie forderten eine Gesellschaftspolitik, die den Erhalt und die Schaffung von existenzsichernden, sinnvollen Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellt. Beschäftigungspolitik müsse mit entsprechender Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik einhergehen.

Als ersten Schritt müsse die Bundesanstalt für Arbeit sofort einen Bundeszuschuss erhalten, um ABM und SAM auf dem Niveau des Vorjahres sichern zu können. Insbesondere Langzeitarbeitslose hätten so eine Chance auf existenzsichernde Beschäftigung. Eine Eingliederungsquote von 70 Prozent bei Qualifizierungsmaßnahmen helfe ihnen nicht. Verantwortungslos und haushaltspolitisch unsinnig sei die zeitliche Beschränkung von ABM auf sechs Monate und die Ausgrenzung von Empfängern von Arbeitslosenhilfe bei der Zuweisung von ABM.



Die PDS-Politiker wiesen darauf hin, dass die begonnene Arbeitsmarktreform keine beschäftigungspolitischen Probleme löse und die sozialen zuspitze. „Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe mehr gravierend Armut, soziale Unsicherheit und individuelle Nöte. Demokratische Proteste gegen dieses Vorhaben finden unsere Unterstützung.“ Die PDS wird im Mo-

**Lichtenbergs Arbeitslose 2002/2003.** Arbeitsmarktdaten für den neuen Verwaltungsbezirk werden erst seit März 2002 erhoben

nat April ihre Aktivität gegen die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und für die schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung verstärken. -kl-

## 1. Mai in Lichtenberg

Seit 1998 wird am 1. Mai regelmäßig das Wohlbefinden der Einwohner im Kiez Hohenschönhausen-Nord empfindlich durch den Aufmarsch der NPD gestört. Damit befasste sich ein Kieztreffen des Wohngebiets. Diese Regelmäßigkeit hat unserem Bezirk zu einem Negativ-Image verholfen, das wir schnellstens abschütteln möchten. Deshalb sollten diese Aufmärsche auf keinen Fall immer in unserem Stadtbezirk stattfinden. Das ist – so meinen wir – bei der Genehmigung solcher Veranstaltungen zu berücksichtigen!

Wir haben eine Unterschriftensammlung eingeleitet, in der wir die Bürgerinnen und Bürger von Lichtenberg bitten, unser Anliegen zu unterstützen. Wenden Sie sich bitte an „Lichtblicke, pad e.V.“, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, Telefon 9927 0555, mail: [netzwerk-lichtenberg@gmx.de](mailto:netzwerk-lichtenberg@gmx.de); oder an den „Verein für ambulante Versorgung“, Am Berl 8–10, 13051 Berlin, Telefon 9627 7113, mail: [VaV.Hhausen@web.de](mailto:VaV.Hhausen@web.de).

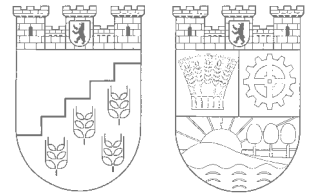
Für Frieden, Demokratie und Solidarität! Kein Platz für rechte Demos! Für ein friedliches und tolerantes Miteinander in unserem Kiez und überall!

jg



Foto: Jörg Rückmann

Das war der 1. Mai am Obersee im vergangenen Jahr: Parteien, Vereine und verschiedene Organisationen hatten ihre Stände aufgebaut, ein unterhaltsames Programm wurde auf der Bühne geboten, Essen gab es und Getränke – einen solch friedlichen Feiertag wünschen sich die Bürger auch diesmal.



## Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV-Lichtenberg

■ Nachdenkliche Ruhe lag über dem Ratsaal, als Rim Farha vor der Fraktion über ihre Reise nach Bagdad berichtete. Alle haben so etwas nicht zum ersten Mal gehört und sind dennoch immer wieder aufs Neue zutiefst erschüttert. Warum muss ein Volk, seine Kinder und Erwachsenen unter Bomben, Embargo und seit dem 21. März 2003 wieder unter Bomben leiden? Es ist doch niemals gefragt worden, wenn Amis, Germans, Briten oder Russen den Diktaturstaat hochrüsten wollten. Warum wird es von den Rüstungsverdienern mit seinem Leben in Kollektivhaftung genommen?

■ Nun haben sie es tatsächlich geschafft, die PDS-Fraktionäre. Nach mehrmonatiger, ausgiebiger produktiver und kontraproduktiver Diskussion kann der erste Schritt auf einen Bürgerhaushalt hin getan werden. Für die Stadtteilarbeit soll aus den Sondermitteln der BVV die Hälfte, also 8000 Euro, bei Sicherung der Haushalthoheit der BVV vorgesehen werden. Nicht diese 8000 Euro sind das Problem des 2. Halbjahres 2003. Das Prinzip „50 Prozent“ ist es, an dem sich die Gemüter entzündeten. Das Neue an der ganzen Sache hat immer neue Hürden auferstehen lassen. Die Bedenken und Gegenargumente hinterließen das Bild, dass hier uneinsichtige Verteidiger alles Unabänderlichen wirkten. Nun, jetzt kann der Weg für bürgerschaftliches Mitwirken auch an

der vernünftigen Vergabe der Steuergelder im April durch die Bezirksverordnetenversammlung frei gemacht werden!

■ Am 1. März erhielten die Mitglieder der Fraktion einige sehr interessante Informationen zur Erneuerung der Arbeit der Verwaltung, genannt Kostenleistungsrechnung (KLR). Dankenswerterweise haben uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes ihr Wissen und schon gesammelte Erfahrungen zugänglich gemacht. Nun ahnen wir zwar mehr als wir wissen, dass Budgetierung höhere Anstrengungen abverlangen wird, aber es war wichtig und richtig lehrreich. Und Lob gab es auch. Unser Gast Torsten K. aus Marzahn hob die hohe Diskussionskultur in unserer Fraktion hervor.

■ Fraktionsvorstand und Vorstand des Wirtschaftskreises Lichtenberg trafen sich zum wiederholten Male zu einer intensiven Aussprache. Die Vertreter des Wirtschaftskreises machten deutlich, dass es unter den derzeitigen Bedingungen schon ehrenwert ist, ein Handwerksunternehmen aufrecht zu erhalten und nicht wegen Verschuldung die Flinte ins Korn zu werfen. Wir haben versichert, dass wir unsere Kräfte gemeinsam mit dem Bezirksamt für eine sichere Zukunft von Handel und Gewerbe im Bezirk einsetzen werden. Denn hier wirken Unternehmer, die um der eigenen Existenz und des Ansehens des Bezirks willen etwas tun und es sich nicht leisten können, wie die Vertreter der großen Verbände Rogowski, Stihl und ihr Hundt mit den Händen im Schoß nur auf den Sozialstaat zu spucken.

## Flagge zeigen

Lichtenberger Bezirksverordnete ermutigen zu Friedensaktivitäten

Den Protesten gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und ihrer Verbündeten im Irak hat sich die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung auf ihrer 17. Tagung am 26. März angeschlossen. In namentlicher Abstimmung votierte eine fraktionsübergreifende Mehrheit für einen von der PDS eingebrachten Dringlichkeitsantrag.

In Anlehnung an den Abgeordnetenhausbeschluss „Berlin – City for Peace“ und den „Prignitzer Appell“ von Kommunalpolitikerinnen und -politikern verlangt der Antrag die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen. Gleichzeitig werden die Bürger Lichtenbergs ermutigt, Zivilcourage zu zeigen und an vielfältigen Antikriegs-Aktionen teilzunehmen. In einem weiteren Beschluss „Unterstützung der Aktionen gegen

den Krieg“ befürworteten die Bezirksverordneten ebenfalls mehrheitlich, die Aktivitäten der Lehrer, Eltern und Schüler gegen den Krieg zu unterstützen“ und u. a. mit dem Kinder- und Jugendparlament, dem Bezirkselfternausschuss und der Initiative „Schüler gegen den Krieg“ eine gemeinsame Antikriegs-Veranstaltung durchzuführen.

Für ihre Aktionen gegen den Irakkrieg, so heißt es in der Begründung u. a. „dürfen die Schülerinnen und Schüler keinen unverhältnismäßigen Sanktionen von Seiten der Schulen ausgesetzt sein“. Die Bezirksverordneten Birgit Stenzel und Daniel Tietze bieten davon Bedrohten und Betroffenen Unterstützung und Beratung an.

Zu einem Lichtenberger „Dreierpack“ bündelt schließlich der Beschluss „Friedensflagge vor dem Bezirksamt“ die von der PDS initiierte kommunale Friedensaktivität. Wie schon in Marzahn-Hellersdorf wird bald auch am Lichtenberger Rathaus die Friedensflagge gehisst. *J. Pampel*

## Die alltägliche Gewalt

von Sabine Pöhl, Stadtteilmanagerin Lichtenberg-Süd

In diesen Tagen können wir es überall sehen, hören oder lesen – der Krieg im Irak beherrscht die Medien. Wir gehen auf die Straße, treffen uns auf Plätzen und sagen „Nein“ und wollen so helfen, dem Ganzen ein schnelles Ende zu setzen. Das ist gut so, und ich wünschte mir, dass diese Zivilcourage bei der alltäglichen, schon zur „Normalität“ gewordenen Gewalt auch auf den Straßen von Karlshorst gezeigt würde.

Am 25. Februar trafen sich Bürgerinnen und Bürger in der BIP-Kreativitätsgrundschule, um sich über Vorfälle zu informieren, die sich in diesem Jahr im Bereich des Traberweges (Karlshorst) zugetragen haben. Eine Gruppe von 10–15 Kindern und Jugendlichen hat sich dort zusammengefunden, um kleinere Kinder, Frauen und alte Leute in Schrecken und Angst zu versetzen. Sie hat Passanten bedroht, und eine Frau ist Opfer ihrer Gewalt geworden.

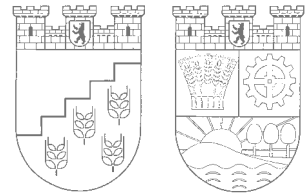
Doch das war ihnen noch nicht genug, auch Sachbeschädigungen an Gebäuden kommen auf das Konto dieser Gruppe.

Passieren konnte und kann so etwas immer wieder, weil einerseits die Opfer oft nicht den Mut haben, Anzeige bei der Polizei zu erstatten, oder erst einmal andere um Hilfe zu bitten, und andererseits deshalb, weil viele Mitbürger zu oft wegsehen.

Damit dies anders wird, sollten wir ins Gespräch kommen. Eine erste Möglichkeit gibt es dazu am 8. Mai. Ab 16 Uhr können sich engagierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Mitgliedern der Spielplatzinitiative Karlshorst an der Säuberung des Seeparks beteiligen. Diese Aktion versteht sich als Auftakt für ein Diskussionsforum in Form eines Workshops unter dem Motto: „Besser leben in Lichtenberg – kinder- und familienfreundlicher Bezirk“.

Ich möchte Sie schon heute herzlich zu diesem Workshop auf dem Schulgelände der BIP-Kreativitätsgrundschule am 20. Mai um 20 Uhr einladen. Vertreter des Bezirksamtes, aktive Bürger und Vertreter von Vereinen wollen diskutieren und Ideen austauschen, wie man den Traberweg/Seepark sicherer machen und gleichzeitig mehr auf die Bedürfnisse aller Nutzer dieser Gegend eingehen kann.

Sollten Sie schon vorher Anregungen oder Vorschläge zu dieser Thematik haben oder sich in anderer Weise einbringen wollen, rufen Sie mich bitte unter 51063112 an, oder schreiben Sie mir: Stadtteilmanagerin Lichtenberg-Süd, Frau Sabine Pöhl, Mellenseestraße 34, 10319 Berlin.



## Bürger begehren weiter

von Rainer Bosse, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg

Es hat sich herumgesprochen, das Bürgerbegehren zum Erhalt des Berliner Tierparks und des Berliner Zoos war erfolgreich. Zwar sind noch immer nicht alle Stimmen ausgezählt, fest steht jedoch, weit mehr als die erforderlichen 19881 Unterschriften wurden geleistet. Dafür danken wir Erstunterzeichner allen, ausdrücklich auch „info links“, die unser Anliegen aktiv unterstützt haben, sehr herzlich.

Unsere Unterstützung für den Tierpark sollte aber weitergehen, nicht bei der Unterschrift unter das Bürgerbegehren stehenbleiben.

An erster Stelle steht dabei natürlich der eigene Besuch im Tierpark, eine Entscheidung, die durch das nun endlich frühlingshafte Wetter sicher leicht zu treffen ist. Zu entdecken gibt es im Tierpark immer etwas. Was machen die halbwüchsigen Matibi, Tutume und Tana im Elefantenhaus? Oder der kanadische Baumstachler? Nimmt er immer noch auf so possierliche Weise seinen ihm scheinbar angeborenen Weg durch die Anlage mit den Stachelschweinen? Wo gibt es Nachwuchs? Aktuell bei den Schwäbisch-Hällischen Schweinen.

Nie gehört, wird jetzt manch einer denken. Eben, deshalb lohnt es sich mal wieder hinzugehen. Neuigkeiten, die einen gezielten Besuch ermöglichen, können über [www.tierpark-berlin.de](http://www.tierpark-berlin.de) bequem abgefragt werden.

Eine andere Möglichkeit der Unterstützung ist die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft der Förderer des Tierparks. Ich habe mich dazu entschieden und bin Mitglied geworden.

## Erziehung zum Frieden

Fast 400 Friedenstauben-Luftballons stiegen am 27. März am breiten Luch in den Himmel. Diese Aktion war ein Ergebnis des Projekttag gegen den Krieg, den der Förderverein der Martin-Niemöller-Schule gemeinsam mit den Schülern aus 18 Nationen und ihren Erziehern veranstaltete. Zuvor waren die Kinder als Interviewer in der wichtigsten Sache der Welt unterwegs, diskutierten über „Konfliktbewältigung im Kleinen“, pflanzten auf dem Schulhof eine japanische Zierkirsche als Friedensbaum.

Die 12-Jährige Juliane hofft, dass „vielleicht andere Kinder die Luftballons finden und es genauso machen“ ... J.P.



Foto: Jörg Rückmann

Dann gibt es den Weg, Patenschaften zu übernehmen. Das geht für Tiere, Bäume oder Bänke. Ich fände es gut, wenn wir, die PDS, uns dazu entschließen könnten, eine solche Patenschaft zu übernehmen. „info links“ könnte ein Pate sein, die Fraktion oder auch der Bezirksvorstand. Die Jahrespatenschaft für einen Buntfalken kostet zum Beispiel 250 Euro. Beim Gürteltier sind es 400 Euro und bei einer Bank – versehen mit Hinweisschild auf den Paten – sind es 600 Euro. Gemeinsam sollten wir es schaffen, eine solche Patenschaft zu begründen. Das würde unseren Unterschriften zum Bürgerbegehren zusätzlichen Nachdruck verleihen und manch einen, der es als reine

Der Tierpark in Friedrichsfelde ist für viele Berliner und die Gäste der Stadt ein beliebtes Ausflugsziel.

Wahlkampfaktion abqualifizieren möchte, eines Besseren belehren.

Wie „info links“ erfuhr, bekommen dieser Tage fünfzig besonders aktive Unterschriftensammler Post von den Erstunterzeichnern des Bürgerbegehrens pro Tierpark und Zoo. Ihren Dank für die tatkräftige Hilfe verbinden die Initiatoren mit dem Wunsch, auch künftig mit solcher Unterstützung und aufmerksamen Begleitung rechnen zu dürfen, wenn es gilt, Bürgerbelange zu vertreten.

Foto: J. Pampel



## Bürgerbegehren in Zahlen

Stand: 26. März 2003

- 48636 Bürgerinnen und Bürger haben sich am Bürgerbegehren zum Erhalt des Tierparks in Friedrichsfelde und des Zoologischen Gartens beteiligt.
- 45955 Unterschriften lagen dem Wahlamt bis zum offiziellen Abschluss des Begehrens vor.
- 30810 Unterschriften waren gültig.
- 15145 Unterschriften waren ungültig, zumeist wegen unvollständiger Angaben oder fehlendem Wohnsitz in Lichtenberg.
- 1063 „Unterstützer“ aus anderen Bezirken oder anderen Städten haben ebenfalls unterschrieben.



## Erst lesen, dann diskutieren

von Michael Stadler, stellvertretender  
Vorsitzender der PDS Lichtenberg

Ein neuer Entwurf für ein Programm der PDS liegt auf dem Tisch, in Zeiten, die nicht gerade einfach sind für unsere Partei. Das, was uns vereint, unsere Identität, scheint uns etwas abhanden gekommen zu sein. Verunsicherung, Ratlosigkeit und auch Verärgerung ist spürbar. Nach Jahren der Erfolge fällt es uns offensichtlich schwer, mit Niederlagen umzugehen.

Ich meine, der Programmtext ist ein gutes Dokument, das hilft, uns wieder darauf zu besinnen, wer wir sind, woher wir kommen und was wir wollen, ohne dass wir schon wieder auf alles eine Antwort haben.

Der Entwurf versucht, die Wirklichkeit, in der wir leben, in ihrer Widersprüchlichkeit zu analysieren. Er ist eine radikale Kritik an imperialistischen Entwicklungen und neoliberalen Tendenzen, ohne dass er die Entwicklungspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft gering schätzt. Er macht deutlich, dass wir ein Teil der Kräfte sein wollen, deren Ziel es ist, diese gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung auf mehr Demokratie, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu verändern. Er kann Visitenkarte für unsere Teilnahme an öffentlichen Diskussionen sein, weil er gerichtet ist auf „Mittun“ in den gesellschaftlichen Gremien.

Dies wird aber nur gelingen, wenn wir selbst bereit sind, uns intensiv mit dem Programmtext zu beschäftigen, ihn vorur-

teilsfrei zu lesen und dabei auf Unterstellungen und unerschütterliches Beharren auf der eigenen Meinung zu verzichten.

Eine der Ursachen für unsere Schwierigkeiten besteht aus meiner Sicht in der ungenügenden Kommunikation zwischen Vorständen und Basis und umgekehrt. Der Bezirksvorstand hat einen Beschluss zur inhaltlichen und organisatorischen Führung der Programmdebatte gefasst. Ein wenig Führung kann angesichts unserer komplizierten Lage sicher nicht schaden. Wir rufen alle Basisorganisationen auf, sich aktiv an der Programmdebatte zu beteiligen und darüber mit dem Bezirksvorstand in einen intensiven Dialog zu treten. Teilt uns mit, wo und wann Veranstaltungen im Rahmen der Programmdebatte stattfinden. Ladet uns dazu ein. Informiert uns über deren Ergebnisse. Fragt uns, wenn Ihr Referentinnen oder Referenten für Eure Veranstaltungen benötigt. Wir wollen gemeinsam mit unserem „Professorenkollegium“ und der AG Politische Bildung öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu ausgewählten Themen anbieten. „info links“ und die Internetseite der Lichtenberger PDS sollen die Programmdebatte öffentlichkeitswirksam, interessant und informativ begleiten.

Die Ergebnisse unserer Programmdebatte wollen wir auf einer Basiskonferenz unserer Bezirksorganisation im September gemeinsam mit unseren Parteitage delegierten und interessierten Gästen beraten. Die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms im Oktober in Chemnitz wird die PDS mit Sicherheit noch nicht über den Berg bringen. Sollte uns das aber nicht gelingen, können wir mit Sicherheit einpacken.

## Völkerrechtsbruch

von Prof. Dr. Ronald Löttsch

Weltweit protestieren Millionen Menschen gegen den von der Bush-Administration mit Blairs und Aznars Schützenhilfe völkerrechtswidrig vom Zaun gebrochenen Angriffskrieg gegen den Irak. Die Mehrheit der im Weltsicherheitsrat vertretenen Staaten hat es abgelehnt, der Aggression ihre Zustimmung zu erteilen. Auch Russland spielt als ständiges Mitglied in dieser Hinsicht eine positive Rolle.

Doch sollten wir nicht vergessen, dass der Kreml im Nordkaukasus ebenfalls einen völkerrechtswidrigen Krieg führt. Opfer dieser Aggression ist das Volk der Tschetschenen, das wie kaum ein anderes unter der russischen Kolonialherrschaft gelitten hat. Sowohl unter der zaristischen als auch der Stalins. Im Februar 1944 – die Naziaggressoren waren noch nicht geschlagen – ließ dieser die Tschetschenen wie einige andere Völker unter barbarischsten Bedingungen nach Zentralasien verschleppen. Bei der ersten Nachkriegsvolkszählung von 1959 hatte sich ihre Zahl gegenüber 1939 um 22 Prozent verringert. Im vergleichbaren Zeitraum von 1959 bis 1979 verdoppelte sie sich nahezu. Daran kann man ermes- sen, wie hoch die durch die Verschleppung verursachten Verluste waren.

Als 1991 alle nichtrussischen Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit erklärten, nahmen auch die Tschetschenen ihre Chance wahr. Sie befanden sich dabei in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Denn dieses erlaubt unterdrückten Völkern die Sezession. Sie sind sogar berechtigt, internationale Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn der unterdrückende Staat die Sezession gewaltsam zu verhindern oder rückgängig zu machen versucht. Letzteres traf auf Jelzins 1994 begonnenen Krieg gegen Tschetschenien zu, nach dem die russische Armee 1996 geschlagen abziehen musste. Danach war die Republik Itschkerija, wie sie sich nennt, wieder drei Jahre von Russland unabhängig.

Doch 1999 überzog Putin, neuer Regierungschef und designierter Jelzin-Nachfolger, unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus Tschetschenien erneut mit Krieg. Wie alle vorausgegangenen ist dieser Krieg von zahllosen Verbrechen an der Zivilbevölkerung begleitet. Zu gewinnen ist er nicht.

Mit Protesten gegen diesen Krieg und die Referendums-Farce vom 23. März können wir dazu beitragen, dass das Völkerrecht wieder anerkannt und auch dieser Konflikt schließlich politisch gelöst wird.



Foto: Jörg Rückmann

Vor der Botschaft der USA in diesen Tagen: Trotz Absperrung und Sicherung mit gepanzerten Fahrzeugen lassen sich die viele Friedensaktivisten nicht davon abhalten, ihren Protest gegen den Irak-Krieg an die richtige Adresse zu senden.

## Endspurt

von Dr. Bernd Ihme, Sekretär der Programmkommission beim Bundesvorstand der PDS

Der neue Programmentwurf liegt seit Ende Februar vor. Wir stehen nicht am Anfang einer Programmdebatte, sondern setzen die seit 1998 geführten Diskussionen fort. Diesmal mit dem festen Willen, im Oktober zu einem guten Ergebnis zu kommen. Der „Endspurt“ hin zu einem neuen Parteiprogramm ist eingeleitet.

Zügellose Gier nach Profit, brutales, imperiales Machtstreben, Krieg als Mittel menschenverachtender Politik, Großangriff auf soziale Errungenschaften und Sicherungen, Einschränkungen demokratischer Rechte und entwürdigender Umgang mit Menschen machen besonders drastisch deutlich, in was für einer Welt wir leben. Die Gesellschaft braucht dringend Alternativen zur herrschenden Politik. Sie braucht eine sozialistische Partei, Bewegung und Politik. Unsere Programmdebatte muss dazu beitragen, dass die PDS in ihrer Orientierung, politischen Handlungsfähigkeit und Ausstrahlung voran kommt. Der neue Entwurf ist das Angebot einer selbstbewussten kapitalismuskritischen und sozialistischen Partei zur politischen Umorientierung und zum Einleiten notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen. In diesem Sinne wollen wir den Entwurf qualifizieren und zu einem aussagekräftigen Programm führen.

In den Basisorganisationen könnten zum Entwurf unter anderem solche Fragen aufgeworfen und erörtert werden:

- Die Bestimmung von Sozialismus als Ziel, Bewegung, Wertesystem – ist es das, warum ich in der PDS bin?
- Sozialismus als ein Prozess des Strebens nach grundlegenden Veränderungen, der im Hier und Heute beginnt – entspricht das meinen Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung?
- Die kapitalistische Gesellschaft heute mit ihren zerstörerischen Entwicklungen und ihren Potenzen – ist diese Gesellschaft im Entwurf so beschrieben, wie ich sie sehe?
- Widerstand ist das eine, das Aufzeigen von Auswegen das andere – sind unsere Reformalternativen verständlich, und sind sie realistisch?
- PDS als sozialistische Partei in Selbstveränderung – kann ich mich mit dem, was zum Selbstverständnis der PDS gesagt wird, identifizieren?

Dazu sollten wir diskutieren und argumentieren, uns dabei aber nicht in verschiedene Lager sortieren.

### Was wir bereits jetzt tun können

Sozialismus ist eine emanzipatorische Bewegung. Deshalb gehen wir in unserem programmatischen Ansatz nicht von irgendwelchen abstrakten Vorstellungen über zukünftige Gesellschaften aus, sondern von den realen Lebensbedingungen der Menschen und dem Prozess ihrer realen Veränderung. Wir fragen uns, was bereits jetzt getan werden muss, um sozialistische Inhalte und Ziele anzustreben, und genau in diesem Sinne fordern wir

- demokratische gesellschaftliche Einflussnahme auf die Gestaltung und Entwicklungsrichtung der Wirtschaft;
- konkrete gesellschaftliche Bedingungen, die soziale Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Information gewährleisten;
- existenzsichernde und ökologisch verantwortbare Erwerbsarbeit für alle Menschen;
- Sicherung der natürlichen Umwelt vor Zerstörung und kapitalistischer Verwertung.

## Anzeige gegen Bush

Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau haben in einem Brief vom 20. März Bundeskanzler Gerhard Schröder aufgefordert, beim internationalen Gerichtshof in Den Haag Anzeige gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, wegen der Herbeiführung eines völkerrechtswidrigen Krieges zu erstatten.

## Partei Vorstand, tu was!

Die BO 47 übergab Gabi Zimmer einen mehrseitigen Brief mit Anregungen für ein Aktionsprogramm. Hier einige Auszüge.

Seit Wochen forcieren die Unternehmerverbände, die FDP und der rechte Flügel der CDU/CSU den Generalangriff auf das soziale Sicherungssystem, und die rot-grüne Bundesregierung ist drauf und dran, Kompromissvorschläge als das „kleinere Übel“ schmuckhaft zu machen.

Nach mehrfacher Debatte in unserer Basisgruppe und vielen Diskussionen mit Sympathisanten erachten wir es für notwendig, sofort aus dem vorgelegten Entwurf des Parteiprogramms und anderen vorliegenden Materialien ein kurzgefasstes „Aktionsprogramm gegen Sozialabbau“ zu veröffentlichen, um wieder ganz konkret deutlich zu machen, wessen Interessen durch unsere Partei vertreten werden.

Es ist dringlich, dass wir uns klar und aktiv in die Reihen der Verteidiger des sozia-

Wenn wir im neuen Programm die Forderung nach einem freien und selbstbestimmten Leben jeder und jedes Einzelnen ins Blickfeld rücken, dann gehen wir nicht von einem Verständnis aus, wonach Freiheit lediglich Einsicht in die Notwendigkeit bedeutet. Freiheit besteht für uns in der Einsicht in objektive Notwendigkeiten und Zusammenhänge und der darauf beruhenden Fähigkeit, auf gesellschaftliche Entwicklungen direkt Einfluss zu nehmen. Es geht um die Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen, die es allen Menschen erlauben, sich frei und selbstbestimmt zu entfalten. Dieser Gedanke wird vor allem im Teil III, in den Reformalternativen zu einzelnen Politikfeldern wie Demokratie, Frieden und Gewaltfreiheit, Umwelt, Arbeit, Bildung, Kultur, Medien, soziale Sicherheit, Gesundheit, Rente, Wirtschaftspolitik, Ostdeutschland, zur Geltung gebracht. Dabei wird auch das Spannungsfeld zwischen Programmatik, Strategie und Tagespolitik sichtbar. Wir sollten, ja wir müssen uns dem produktiv stellen.

len Sicherheitssystemen wie Gewerkschaften, Verbände, GBM, Volkssolidarität usw. einreihen.

Wir sind bereit, dieses Aktionsprogramm umfassend zu verteilen und mit den betreffenden Bevölkerungsschichten zu diskutieren. Claus Nitzsche, BO 47, Karlshorst

## Weitermachen, was sonst?!

„Da rennst du zu jeder Demo, beteiligst dich an allen möglichen Aktionen, aber Krieg ist trotzdem, und die Amis kümmern's einen Dreck, was ihr macht! Ist doch sinnlos, das alles“, sagten mir nicht nur Leute, die Abend für Abend die „leif“ inszenierten Kriegsbilder über sich ergehen lassen.

Aber auch Friedensbewegte zweifeln am Sinn ihres Engagements, einige resignieren gar. Aber war und ist wirklich aller Einsatz vergeblich?

„Nein!“ sag' ich da. „Wir Leute auf der Straße haben doch etwas erreicht“:

■ Den USA gelang es nicht, die UNO vor ihren Kriegskarren zu spannen. Alle Welt sieht nun, wer Aggressor ist und wo dessen Opfer zu finden sind.

■ Die Friedensbewegung auf der ganzen Welt ist neu erwacht, sie wächst und wird sich zunehmend ihrer Aufgabe bewusst, Hüterin des Völkerrechts gegen das Faustrecht zu sein.

■ Unser aller Einsatz gegen den Krieg, für eine friedliche Welt zwingt Regierungen wie Parteien, Farbe zu bekennen. Und dafür einzutreten lohnt sich. Immer! M.W.



## Buch-Tipp



### Zeitzeuge des 17. Juni 1953

Nach 50 Jahren gibt es noch immer Fragen zu diesem Datum. Die ältere Generation kann eigene Erlebnisse erzählen – subjektive Wahrheit, ganz ohne Zweifel. Zur objektiven Einschätzung aber gehört der Hintergrund des Geschehens. Hans Bentzien, abgelöster DDR-Kulturminister, letzter Intendant des DDR-Fernsehens und Autor zahlreicher Bücher un-

tersucht als Zeitzeuge und Historiker vor allem Zusammenhänge. Seine Erkenntnisse sind spannend erzählt und erteilen den vereinfachten Erklärungsmustern vom „faschistischen Putsch“ bzw. „Volksaufstand“ eine Absage. Das Buch deckt Verbindungen und Einflüsse auf, die teils bekannt, oft aber überraschend und neu sind. Dokumente im Anhang belegen die Aussagen.

- Hans Bentzien: „**Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe**“, edition ost im Verlag Das Neue Berlin 2003, 215 Seiten
- In der **Bücherstube** der PDS-Geschäftsstelle (Alfred-Kowalke-Straße 14) kann dieses Buch ausgeliehen werden. **Die Buchausleihe ist während der Geschäftszeit möglich.**

## Frühjahrsputz

■ Unter dem Motto „Über verschmutzte Spielplätze klagen wir nicht nur, sondern machen durch eine große Aufräumaktion die Bürgerinnen und Bürger aufmerksam auf die Missstände“ bittet die Elterninitiative vom IN-VIA-Center und Potpourri/Karls Horst um Mithilfe. „Unterstützen Sie uns für ca. 1,5 Stunden, damit sich unsere Kinder nicht verletzen und gesundheitliche Schäden davontragen!“

Treff ist am **Donnerstag, 10. April 2003 um 10 Uhr**, direkt am Spielplatz Lisztstraße. Jeder bringt bitte einen Müllsack mit. Weitere Informationen unter der Telefonnummer 5010 2652

■ Der Bürgerbeirat Konrad-Wolf-Straße/Obersee startet die Aktion „Das sauberste Kiez von Berlin“ und fordert die Mitbürger zum aktiven Mitmachen auf. „Achten Sie verstärkt auf die Sauberkeit der Fußwege, Straßen, Vorgärten, Parks und Grünanlagen!“ Diese Aufforderung schließt auch die zahlreichen Hundebesitzer ein.



Foto: Jörg Rückmann

## Poster gegen den Krieg

Gegen den Krieg ist heute jeder – bis auf die CDU. So kam ihr (g)eifernder BVV-Fraktionschef T. Ziolko auf die Idee, schriftlich und mündlich nach Ordnungsstrafen für „Wahlplakate der PDS im März 2003“ zu fragen. Sein Pech: Antikriegs-Plakate sind keine Wahlplakate. Sie sind erlaubt, wenn sie nicht die Sicht auf den Verkehr verstellen. War das der Grund für Ziolkos Anfrage?

## Info links

**Herausgeber:**  
PDS-Bezirksverband Lichtenberg  
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

**Adresse der Redaktion:**  
Geschäftsstelle der PDS  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

**Telefon:** 030/512 20 47  
**Fax:** 030/51 65 92 42

**E-mail:** PDS-Lichtenberg@t-online.de  
**Web:** www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

**Redaktionsschluss:** 28.3.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 4/2003: 8.4. und 22.4.2003, jeweils 16 Uhr  
Redaktionsschluss für Ausgabe 4/03: 25.4.2003  
Die nächste Ausgabe erscheint am 8.5.2003.

**Druck:** Druckerei Bunter Hund  
**Gestaltung:** Jörg Rückmann  
**Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.**

## Da muss ich hin!

- **Dienstag, 8. April, 19 Uhr**  
„Wie Streitbar ist die Demokratie – wie politisch sind die Extremisten?“, Podiumsdiskussion der SPD, u. a. mit Christina Emmrich, Rathaus Lichtenberg, Ratsaal, Möllendorffstraße 6
- **Montag, 28. April, 18 Uhr**  
Bürgerforum: „Die Politik der PDS in Berlin“, mit Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 1. Mai**  
**Bürgerdemo und -kundgebung: „Gegen rechte Gewalt“, 10.30 Uhr:** Stellplatz Demo: Falkenberger Chaussee/Höhe Kirche bis Ecke Vincentvan-Gogh-Straße, **11.45 – 12.45 Uhr:** Kundgebung am Perower Platz; **nachmittags:** Maifest am Obersee

## Termine

- **Sonnabend, 5.4., 10 Uhr**  
Außerordentliche Tagung des 8. Bundesparteitages, Haus am Kölnischen Park
- **Montag, 7.4., 19 Uhr**  
Fraktionsversammlung, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Dienstag, 8.4., 17 – 18 Uhr\*\***  
Sprechstunde MdB Gesine Löttsch
- **Mittwoch, 9.4., 17 Uhr**  
BVV-Tagung, Bezirksamt, Große-Leege-Straße, **16.30:** Bürgerfragestunde
- **Montag, 14.4. 18 Uhr**  
„Europa vor der Wahl – PDS für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa“, mit Hans Modrow, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Dienstag, 15.4., 18.30 Uhr**  
Beratung mit den Wahlkreisaktiven und Sprecherratsvorsitzenden, Bezirksamt, Große-Leege-Straße
- **Donnerstag, 17.4., 19 Uhr\***  
AG Politische Bildung: „Thesen zur Strategiedebatte und zum Programmentwurf“, mit Dr. Peter-Rudolf Zötl
- **Dienstag, 22.4., 19 Uhr\***  
BV-Tagung
- **Donnerstag, 24.4., 19 Uhr\***  
Debatte zum Programmentwurf (Teil I) der PDS, Einlader: BO 31

\* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14  
\* Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

### Bitte beachten:

Am 17.4. und 2.5. bleibt die Geschäftsstelle der PDS geschlossen!